



Materialien zur Programmdiskussion

GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM
PARTEIVORSTAND DER SPD

ÖFFENTLICHE GÜTER UND SOZIALE DEMOKRATIE

Berlin, Dezember 2003

The SPD logo consists of a solid black square with the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font positioned in the bottom right corner.

SPD

Vorwort

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag 1999 in Berlin beschlossen, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Nach dem weltpolitischen Umbruch seit 1989 muss ein neues Grundsatzprogramm auf die gravierenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen eingehen, die das Berliner Programm in ihrer Tragweite noch nicht im Blick hatte. Die zentrale Herausforderung, die beinahe alle Lebensbereiche berührt, ist der Prozess der Globalisierung. Wirtschaftliche und finanzielle Stabilität, Sicherheit, Nachhaltigkeit und Kultur sind zunehmend auch globale Güter. Das heißt, wenn wir die Grundlagen einer gerechten und solidarischen Gesellschaft der Zukunft gestalten wollen, brauchen wir einen weiterreichenden Ansatz als den, der beim Nationalstaat bzw. Sozialstaat und dessen Reform endet.

Die Grundwertekommission hat sich vor dem Hintergrund der aktuellen Reformdiskussion und der Debatten um ein neues Grundsatzprogramm im vergangenen Jahr mit dem Thema Öffentliche Güter befasst. Darin sieht die Kommission einen strategisch richtigen und fruchtbaren Ansatzpunkt für eine auch ökonomisch fundierte Theorie der sozialen Demokratie. Der in der Ökonomie bekannte Begriff Öffentliche Güter ist politisch und programmatisch andererseits geradezu wörtlich übersetzbar in ein modernes Konzept der *Res publica*, des demokratischen Verfassungsstaates. Anstelle neuer Begriffsdefinitionen ermöglicht dieser Ansatz, den materiellen Kern der hinter den Grundwerten stehenden Güter freizulegen und eine Antwort darauf zu geben, was für eine humane Gesellschaft, für deren kulturellen und sozialen Zusammenhalt und für eine vitale Demokratie unerlässlich ist.

Das Thema Öffentliche Güter gehört nach Ansicht der Grundwertekommission in den Mittelpunkt einer modernen sozialdemokratischen Programmatik, weil dadurch ein normativer politischer Grundkonsens formuliert werden kann, dessen Realisierung ein breites Spektrum staatlicher, gesellschaftlicher und individueller Leistungen betrifft und immer neue Kombinationen solcher Leistungen möglich macht. Jenseits von Staatsfixierung oder Entstaatlichung setzen wir bei den Prinzipien und Mechanismen an, die für die allgemeine Wohlstandsproduktion grundlegend und für die Lebensqualität aller unverzichtbar sind. Öffentliche Güter sind Ausdruck einer Demokratie, in der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Kooperation einen hohen Stellenwert haben.

Wir legen diesen Text vor als einen Beitrag der Grundwertekommission zur Debatte über ein neues Grundsatzprogramm der SPD. An seiner Ausarbeitung waren in besonders engagierter Weise Michael Müller, Julian Nida-Rümelin, Gesine Schwan und Hermann Schwengel beteiligt.

Wolfgang Thierse

Öffentliche Güter und Soziale Demokratie

	Inhalt
Vorwort	2
Das europäische Gesellschaftsmodell in der Globalisierung	4
Der Sozialstaat – Kern des europäischen Sozialmodells	6
Sozialdemokratie und Sozialstaat: neue Weichenstellungen	8
Öffentliche Güter - Grundlage für eine programmatische Weichenstellung	11
Politik - jenseits der Alternativen Staatsfixierung und Entstaatlichung	14
<i>1. Vermittlung zwischen Marktangeboten und Marktversagen</i>	<i>14</i>
<i>2. Vermittlung zwischen Wettbewerb und Kooperation</i>	<i>15</i>
<i>3. Vermittlung zwischen globalen und lokalen Märkten</i>	<i>16</i>
<i>4. Vermittlung eines neuen Fortschritts</i>	<i>17</i>
Beispiel Bildung: Öffentliches und privates Gut zugleich	18
Öffentliche Güter für eine humane und demokratische Gesellschaft	20
Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD	23

Das europäische Gesellschaftsmodell in der Globalisierung

Das Jahr 1989 gilt als Jahr des Triumphes von Demokratie, Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Fall der Mauer war auch ein Ergebnis der Überlegenheit des freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsmodells. Doch das hat nach einer Dekade neoliberaler Politik in Großbritannien und den USA auch das Vordringen liberaler Konzepte in Wirtschaft und Gesellschaft noch einmal begünstigt. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa, das Scheitern eines Systems staatlicher Bevormundung und bürokratischer Enge kam der Ideologie des Staatsabbaus und der Entstaatlichung entgegen. Sie stand für das Versprechen, dass individuelle Freiheit vor allem ein Maß für private Chancen sei, dass Eigenverantwortung vor kollektiver Sicherheit käme und dass die demokratische Ordnung sich auf das zivilgesellschaftliche Engagement zurückziehen könne.

Tatsächlich wurden nach dem Ende der zweigeteilten Welt die großen Chancen, die damals dem Westen zu Füßen lagen, nicht genutzt. Stattdessen begann eine Phase der Globalisierung der Märkte und Finanzströme, auch der Informationen, Medien und Kultur, des Konsums und der Mode, die sich einerseits in weltweit gleichen Glaspalästen und Stahlkonstruktionen widerspiegelt, andererseits durch Umweltgefahren und neue Krankheiten, nicht zuletzt Terror, Gewalt und Kriminalität gekennzeichnet ist. Das Wichtigste, was eine friedliche und sichere Welt braucht, wurde nicht globalisiert: die Demokratie, schon gar nicht in ihrer erfolgreichsten Form, nämlich der sozialen Demokratie. Sie blieb gefangen in den engen Grenzen des Nationalstaates und geriet unter den Druck einer verschärften, aber ungleichen Konkurrenz.

Doch dieser Zustand kann keine Zukunft haben, denn die zusammenwachsende Welt ist mehr denn je auf Zusammenarbeit und Gegenseitigkeit angewiesen. Deshalb leben wir in einer Art neuer Gründerzeit, in der sich die Freiheits- und die Demokratiefrage erneut stellt, allerdings von einer ganz anderen Seite: Das allgemeine Wohlstandsversprechen, das Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaften und ihrer Attraktivität wurde nicht nur im Osten verfehlt, sondern wird auch im Westen brüchig. Die Auflösung sozialer Rechte, die zum modernen Bürgerstatus gehören, gefährdet auch das Freiheitsversprechen, weil damit für viele Sicherheiten verloren gehen, die sie befähigen, selbstbestimmt zu leben. Arbeitslosigkeit, aber auch zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse bedeuten wegen des hohen Stellenwertes von Arbeit für die individuelle Entfaltung der Menschen und für alle Sozialbeziehungen, dass auch die demokratische Werteordnung in Gefahr ist.

Eine andere Gefahr für den demokratische Verfassungsstaat, das freiheitsstiftende Organisationsmodell der europäischen Moderne, geht von der Schwächung der Politik und der Demokratie aus, von der anscheinend schwindenden Fähigkeit der vom Volk Gewählten, für die allgemeine Wirtschafts- und Lebensqualität, für Frieden und Gerechtigkeit zu sorgen. Wenn im Gefolge transnationaler Standortkonkurrenz und internationaler Währungsspekulationen, die öffentliche Finanzsysteme in den Ruin treiben können, behauptet wird, „die Finanzmärkte stimmen über die Politik ab“, dann heißt das: Die Politik muss vor der Aufgabe kapitulieren, Gerechtigkeit zu schaffen, wo der Markt versagt. Das aber ist die ökonomische Kernfunktion des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft: Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung und Risikovorsorge gegen Notlagen. Schließlich: Wenn Liberalisierung zu fortschreitender Vermarktung und Kommerzialisierung der Öffentlichkeit führt und die Vielfalt der Lebensräume, Kulturen und Lebensformen allmählich verschwindet, dann werden auch die Demokratie und die Voraussetzungen sozialer Selbstbestimmung abgebaut. Die Demontage statt der Modernisierung des Sozialstaates bricht mit der historischen Erfahrung, dass durch die soziale Ausrichtung der Demokratie politische Stabilität, mehr individuelle Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt ermöglicht wird.

Die Res publica, die eine Freiheit und Gerechtigkeit stiftende Ordnung ist, muss auch in der Globalisierung gelten. Nur sie kann die großen Chancen aus den globalen Märkten nutzen, die den Wohlstand der Gesellschaften steigern. Seit 1989 sind nämlich die sozialen Marktwirtschaften Europas einem ungleichen Wettbewerb ausgesetzt, den sie nur in einer europäischen Verfassung bestehen können. Die ökonomischen Sphäre, die lokalen Arbeits- und die globalen Austauschbeziehungen bedürfen vernünftiger Regeln, die das öffentliche Interesse an Beschäftigungssicherheit, an Investitionen und einem ausreichenden Steueraufkommen durchsetzen, damit das Zusammenleben der Menschen nicht allein den ökonomischen Interessen und der Werteordnung des Marktes unterworfen wird.

Europa, dessen Verfassungsstaat integraler Teil seines Freiheits- und Gerechtigkeitsmodells ist, braucht eine starke wirtschaftspolitische Gestaltungsmacht, damit sie zu einer prägenden Region in der globalen Wirtschaft wird. Anstatt die einzelnen sozialstaatlichen Regelbereiche isoliert zu reformieren oder zu verteidigen, dessen Folge oftmals eine deutliche Absenkung der Standards ist, kommt es darauf an, die Vorzüge der jeweiligen Systeme möglichst zu kombinieren und dadurch besser zu nutzen.

Der Sozialstaat – Kern des europäischen Sozialmodells

Die Vielfalt sozialstaatlicher Regelungstypen verdankt das europäische Gesellschaftsmodell den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Traditionen, wodurch sich je nach Ursprungsland stärker „liberale“, „konservative“ oder „sozialdemokratische“ (Esping-Andersen) ergeben, auch wenn man im Sinne von Ralf Dahrendorf für Westeuropa insgesamt von einem „sozialdemokratischen Jahrhundert“ sprechen kann.

Das angelsächsisch-„liberale“ Modell, das weithin auf dem individuellen Versicherungsprinzip beruht, hat den Vorteil, nicht unmittelbar an Erwerbseinkommen gekoppelt zu sein. Dagegen bietet das „konservative“ kontinentale Sozialstaatsmodell nicht nur mehr Sicherheit für die Menschen, sondern auch Effizienzvorteile. Es hat aber den Nachteil, dass sich die soziale Sicherung vor allem an einem stetig steigenden Wachstum und an „normalen“ Erwerbsbiographien orientiert. Dadurch ist es gegenüber dem Wandel der Erwerbsgesellschaft, vor allem durch Arbeitslosigkeit verwundbar, aber auch beim Wechsel zwischen verschiedenen Erwerbsformen zu statisch. Hinzu kommt der „demografische Faktor“, der zu erheblichen Verschiebungen in den finanziellen Belastungen führt, die ohne Reformen zu einer Überforderung werden können.

Das skandinavische ist das „sozialdemokratische“ Modell. Es akzentuiert den Gerechtigkeitsaspekt, orientiert sich an sozialen Rechten, die allen Bürgerinnen und Bürgern zustehen, und ist folgerichtig über Steuern finanziert. Obwohl dieses Modell zu einem ausgedehnten öffentlichen Dienstleistungssektor führt, hat dies nicht zu volkswirtschaftlicher Ineffizienz geführt. Im Gegenteil, die Produktivität der skandinavischen Wirtschaft war und ist eine der höchsten der industrialisierten Welt.

Trotzdem: Nicht nur in Deutschland ist der Sozialstaat durch eine ökonomisch verengte Kritik herausgefordert, die nicht nur seine spezifischen Leistungen meint, sondern seine sozialen, politischen und ethischen Begründungen generell in Frage stellt.

Der *soziale* Grund für eine durch Sozialgesetzgebung gesicherte Solidarität war im Zeitalter der Industrialisierung der Zerfall jener ständisch-feudalen Sozialbeziehungen, die dem Einzelnen einen Platz in personaler Abhängigkeit zuwiesen. Die *politische* Begründung entsprang auch dem Kalkül konservativer und liberaler Politik, die die Autorität des Staates gegenüber der Sozialdemokratie, die die weitere Ausgestaltung des Sozialstaates prägte.

Die *ethische* Begründung für den Sozialstaat - den unverschuldet in Not Geratenen zu helfen - gilt unverändert. Allerdings ist der moderne Sozialstaat nicht der Staat der mildtätigen Armenhilfe – und insofern muss er eine Fortentwicklung des traditionellen Wohlfahrtsstaates sein. Der vorsorgende und gestaltende Charakter moderner Sozialstaaten reicht weit über die Absicherung gegen unverschuldete Lebensrisiken hinaus und betrifft auch zum Beispiel gesamtwirtschaftliche Risiken wie Arbeitslosigkeit und deren Eindämmung durch den Ausbau des Aus- und Weiterbildungssystems oder durch eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Wer den Sozialstaates heute auf den Aspekt der bloßen Hilfeleistung für die Bedürftigsten zurück drehen will, würde die Rationalität des modernen Sozialstaates und damit die Integrationskraft der modernen Gesellschaft insgesamt in Frage stellen, auch seine Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mehrenden Funktionen:

- Die Sicherung individueller *Freiheit* durch Institutionen ist eine Funktion des modernen Sozialstaates. Der individuelle Rechtsanspruch an den Staat wahrt die Würde des Hilfsbedürftigen, ermöglicht ihm eine autonome Lebensgestaltung und garantiert ihm die Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft (Bürgerschaft). Im Unterschied zu religiösen, ethnischen, lokalen oder kulturellen zivilgesellschaftlichen Gemeinschaften ist der Sozialstaat für diese Unterschiede blind und gewährt den Status des Sozialbürgers allein durch die Staatsbürgerschaft.
- Soziale *Gerechtigkeit* ist die Hauptfunktion des Sozialstaates. Sie ist für die Stabilität einer Demokratie entscheidend. Davon hängt ab, dass sie von allen Bürgerinnen und Bürgern als „rechtschaffend“ angesehen wird. Wenn der Gerechtigkeitssinn durch politische Entscheidungen oder die wirtschaftlichen Verhältnisse systematisch verletzt wird, kann nicht erwartet werden, dass die Demokratie gestützt wird. Die Gemeinschaft einer Demokratie wird bei allen kulturellen Differenzen durch eine Grundübereinstimmung in Fragen der Gerechtigkeit gestiftet. Das ermöglicht den Menschen neben ihrer Rolle als konkurrierende Marktteilnehmer die Rolle des kooperierenden Bürgers einzunehmen und den Standpunkt des Eigeninteresses hinter sich zu lassen.
- In der ethischen Perspektive der *Solidarität* besteht weiterhin eine Legitimationsgrundlage des Sozialstaates, auch wenn die Elemente der Klassensolidarität überlebt haben. Die der modernen Demokratie entsprechende Ausgestaltung der Solidarität über religiöse, ethnische oder kulturelle Gemeinschaften hinweg, ist eine unerlässliche Funktion sozialstaatlich vermittelter Inklusion und Integration.

Seit der keynesianische Mechanismus, der Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Entwicklung des Arbeitsrechtes durch eine „positive Rückkoppelung“ der Interessen der Produktion und der Produzenten ermöglicht hat, entkoppelt wurde und auch in der damaligen Form nicht wieder hergestellt werden kann, ist die Folge eine Abwärtsspirale bei den Leistungen und ein Sicherheitsverlust. Sie dreht sich vor allem dort, wo der Sozialstaat sein Konzept von Sicherheit auf Arbeit und weniger auf Eigentum begründet. Dort hängt das Niveau der Sicherung von einem Interessenausgleich zwischen den „Sozialpartnern“ ab, auch vom Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

Wenn die Formen der durch Arbeit und Wachstum erreichten Integration zerbrechen, werden immer mehr Menschen durch Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und durch höhere Anforderungen an Mobilität und Flexibilität belastet. Ausgrenzungen und Ausschlüsse nehmen zu. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und deren gesellschaftliche Folgen sprechen dafür, dass der Sozialstaat unverzichtbar ist. Er wird aber nur durch ein System von Sicherungen in einem neuen Gesellschaftsvertrag wieder funktionieren: durch eine stärkere Kopplung von Sicherheit an Eigentum sowie eine Lockerung der Kopplung von Sicherheit und Arbeit.

Sozialdemokratie und Sozialstaat: neue Weichenstellungen

Mehr als 50 Jahre hat in der Bundesrepublik der gesellschaftspolitische Grundkonsens zwischen den großen Volksparteien gehalten, den das Grundgesetz mit seinem Sozialstaatsgebot vorgezeichnet hat. Heute hat die CDU selbst in der eigenen Partei diesen Grundkonsens aufgekündigt. Dabei stimmen sogar eingefleischte Liberale zu, dass der Staat das Versagen des Marktes ausgleichen muss. Sie verstehen darunter jedoch – neben einem wohlfahrtsstaatlichen Minimum – in erster Linie die Garantie der inneren und äußeren Sicherheit sowie vorrangig die Sicherstellung der Geldversorgung, die Durchsetzung von Eigentumsrechten und die Förderung von Märkten usw.. Der sich nun abzeichnende prinzipielle Konflikt über den Sozialstaat mit den deutschen Konservativen wird zur entscheidenden gesellschaftspolitischen Konfliktlinie, der die SPD nicht ausweichen kann.

Für Sozialdemokraten leitet sich aus dem Sozialstaatsprinzip die Verantwortung für eine gestaltende, präventive Politik mit dem Ziel einer gerechten Sozialordnung ab. Nur so kann ein dauerhaftes Gleichgewicht geschaffen werden, das für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar ist. Obwohl darunter vorrangig das System der

sozialen Sicherung und die Gesundheitsversorgung verstanden werden, gehört weit mehr dazu: das öffentliche Bildungssystem, das duale Berufsbildungssystem, Arbeitsförderung, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, usw., also den Menschen direkt zugute kommende Leistungen, die ihnen durch eine Infrastruktur sozialer Gerechtigkeit eine aktive Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben und allen eine gemeinsame Zukunft ermöglichen.

Teilhabe ist zu einem Schlüsselbegriff moderner Gerechtigkeitstheorien geworden. Ohne ein Konzept der gerechten Grundausstattung aller Bürger mit sozialen Gütern, die ihnen die nötigen individuellen wie gesellschaftlichen Freiheitschancen einräumen, können moderne Lebensformen nicht verwirklicht werden. Wir wollen den materiellen Kern freilegen, der hinter dem Grundwert der öffentlichen und sozialen Güter steht. Und zu fragen, in wessen Verantwortung und mit welchem Ziel müssen sie in Zukunft weiterentwickelt werden.

Mit der „Agenda 2010“ hat die Bundesregierung politische Weichenstellungen in dieser Richtung vorgenommen. Es sind die Reformen, die den Sozialstaat nach Effizienzkriterien umbauen, um ihn den veränderten globalen Realitäten anzupassen, damit sie auch künftig ihren Zweck erfüllen. Das Stichwort heißt „Neujustierung“.

Die zweite Weichenstellung betrifft normative Kriterien, nach denen Leistungen angeboten werden. Es geht dabei um eine „Neudefinition“ von Gerechtigkeitspolitik im Kontext der Veränderungen in der Arbeitswelt und im Altersaufbau der Gesellschaft. Das wird am Kernstück der Reformen, dem „aktivierenden“ Sozialstaat, deutlich. Das Begriffspaar „Fördern und Fordern“ illustriert das veränderte Verhältnis zwischen Bürger und Staat bei den Rechtsansprüchen, die beide Seiten berücksichtigen müssen. Sie werden künftig stärker konditioniert und an „Pflichten“ gebunden. Die neuen Zugangsvoraussetzungen sollen zielgenauere und somit gerechtere Leistungen ermöglichen. Dabei zwingen die wirtschaftlichen Rahmendaten auch, wo sie zumutbar sind, zu einem Leistungsabbau, und zur Umwidmung von Mitteln für eine zielgenauere Verwendung.

Es geht nicht um Anpassung, sondern um Neugestaltung und Stärkung der sozialen Demokratie. Nur dies kann sozialdemokratische Reformpolitik qualifizieren. Diese Weichenstellungen werden weder durch eine „überparteiliche“ Kosten-Debatte (Entlastung von Bürgern, Staat und Wirtschaft), noch durch die neoliberalen Deregulierungsforderungen (Zurückfahren staatlicher Zuständigkeiten) oder das populistische Argument des Missbrauchs von Sozialleistungen (Florida-Rolf) möglich.

Um von den anderen Parteien unterscheidbar zu bleiben, müssen sich die Wege vor allem bei den Reformbewegungen und Reformzielen unterscheiden. Der sozialdemokratische Reformbegriff hat seine Bedeutung aus dem politischen Kampf um bessere - (und nicht Anpassung an die) – Verhältnisse erhalten, für Fortschritt, mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit oder mehr sozialen Zusammenhalt. Es geht um die rationale Fortentwicklung der Gesellschaft insgesamt, um ein gutes Leben für alle, das ist das Kernziel sozialdemokratischer Politik.

Wenn diese Ziele durch die Kopplung staatlicher Unterstützung an mehr eigenverantwortliche Beiträge der Betroffenen, also durch eine Form der Kooperation erfolgversprechender zu erreichen sind, dann erfüllen die Reformen die politischen Kriterien, die nicht nur für die Sozialpolitik, sondern für sozialdemokratische Gesellschaftspolitik allgemein gelten.

Solange die grundsätzlichen Differenzen zwischen liberalen, konservativen oder sozialdemokratischen Reformzielen nicht wirklich offenkundig sind, hilft es der SPD auch nicht zu behaupten, dass sie mehr „soziales Gewissen“ habe. Erst die Klarheit über langfristige Ziele, mögliche Alternativen und dahinter stehende Interessen schaffen gesellschaftliche Mehrheiten, die sowohl für Kompromisse als auch für nachhaltige Lösungen nötig sind. Auch deshalb ist es richtig, dass sich die SPD der Aufgabe stellt, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten.

Für die Grundwertekommission sind die Programmdiskussion und der Modernisierungsdiskurs Anlass, sozialdemokratische Grundwerte erneut zu thematisieren. Die rasanten, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen spiegeln sich in den Grundsatzdebatten wider. Weil Deutungsfragen bei den politischen Grundwerten in Definitionsfragen münden, finden die Auseinandersetzungen insbesondere um die Begriffe Freiheit und Gerechtigkeit statt.

Weil die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität keine Sondergüter der SPD sind, sondern zu den gemeinsamen Grundlagen unseres europäischen Demokratie - und Verfassungsmodells gehören, schließen sich an die Gerechtigkeitsdebatte auch die Fragen nach der Zukunft von Demokratie und Europa an. Die Rede vom europäischen Sozial- oder Verfassungsmodell spielt eine Schlüsselrolle in der Modernisierungs- und Reformdiskussion. Für die Grundwertekommission ist dieser Zusammenhang ein Argument, uns über einen anderen Zugang der Reformdebatte zu nähern, nämlich über den Begriff der Öffentlichen Güter.

Öffentliche Güter – Grundlage für eine programmatische Weichenstellung

Öffentliche Güter – das sind der Definition nach Güter, von deren Gebrauch niemand ausgeschlossen werden kann - haben durch die Globalisierung und die Kritik an der Privatisierungs- und Deregulierungspraxis wieder stärker Eingang in die politische Debatte gefunden. Sie schaffen die programmatische wie praktische Verbindung zwischen globalem ökonomischen Wandel und den dadurch beeinflussten gesellschaftlichen Wandel, also zwischen der ökonomischen Dynamik und der gesellschaftlichen Modernisierung.

Durch die öffentlichen Güter werden staatliche, gesellschaftliche oder individuelle Verantwortlichkeiten gestärkt, auch um Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden effizient und solidarisch zu verwirklichen. Versteht man *soziale Gerechtigkeit* als öffentliches Gut, dann wird sie durch die „Infrastruktur“ der öffentlichen Güter gewährleistet, die materiell für alle politische und soziale Grundrechte sichert. Weil sie für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar sind, gehören sie nach unserer Verfassung in die öffentliche Verantwortung und zum politisch-kulturellen Status für die Bürgerinnen und Bürger. Erst diese Infrastruktur schafft die Grundlage für individuelle Chancengerechtigkeit, die nicht nur eine einmalige Starthilfe braucht, sondern dauernd von Zugängen (z. B. zu Qualifikationen und Informationen), Normen und Standards der Lebensführung abhängig ist.

Zur Verteilungs- und Chancengerechtigkeit gehören die klassischen öffentlichen Güter der Infrastruktur wie Straßen und Brücken, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser usw., sowie in wachsendem Maße öffentliche Förderung von Wissenschaft und Forschung, die sowohl der privaten Wirtschaft als auch der Gesellschaft zugute kommen. Öffentliche Investitionen gehören von daher zu einer erfolgreichen modernen Wirtschaft, die einen wichtigen Beitrag zu Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit leisten.

Im Godesberger Programm hieß das Ziel sozialdemokratischer Politik: „stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung“. Die durch stetiges Wachstum zu nutzenden Verteilungsspielräume ermöglichten mehr Gerechtigkeit. Dieser erfolgreiche "Produktivitätspakt" zwischen Arbeit und Kapital wurde durch Produktivitätsfortschritte auf der Basis von Wachstum, gesteuert durch Sozialstaat und Flächentarifvertrag, möglich und brachte sowohl steigende Einkommen als auch Vermögen. Dabei bedingten Wachstum und soziale Gerechtigkeit einander, denn dadurch wurde ein stabiler Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit begründet.

Schon in den siebziger Jahren gab es Korrekturen am Wachstumsverständnis. Ausgangspunkte waren u. a. die Veröffentlichungen über die Grenzen des Wachstums und die Konzepte für mehr Lebensqualität. Dies spiegelte sich in zahlreichen Programmen der SPD wieder, wozu zum Beispiel der Orientierungsrahmen `85 oder der Ausstieg aus der Atomkraft gehörten. Das Berliner Programm von 1989 brachte auch offiziell eine Weiterentwicklung des traditionellen, am Produktionswachstum orientierten Fortschrittsbegriffes. Mit ihm wurde das Konzept des qualifizierten Wachstums eingeführt.

Unser Wohlstand hängt in der modernen Gesellschaft von einem hohen Niveau der Produktivität ab. Öffentliche Investitionen in die Produktivität von Wirtschaft und Gesellschaft sollen ihr Arbeitsvermögen, ihre Mobilität, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Natur und Rohstoffe) sowie die sozialen (Familie, Kinder) und kulturellen Ressourcen erhalten und verbessern. Wenn dieser Zusammenhang zwischen höherer Produktivität und mehr Lebensqualität durch eine auch ökonomisch sinnvolle Umverteilung zugunsten der öffentlichen Güter deutlich wird, kann die Rolle der öffentlichen Investitionen nicht mehr diffamiert werden. Dann stellt sich nicht mehr nur die Frage, ob der Staat sich diese Investitionen leisten kann, sondern auch: Was wird uns allen künftig fehlen, wenn wir heute die öffentlichen Güter wegsparen.

Dieser Aspekt öffentlicher Güter – ihr positiver „externer Effekt“ - der bedeutet, dass z.B. der volkswirtschaftliche Nutzen einer modernen öffentlichen Infrastruktur größer ist, als die Summe des jeweils auch entstehenden privaten Nutzens. Umgekehrt entsteht bei mangelhafter öffentlicher Güterbereitstellung ein größerer gesellschaftlicher Schaden, als durch die daraus resultierenden individuellen Nachteile.

Die neoliberale Ideologie der Deregulierung und Entstaatlichung behauptet dagegen, dass eine Reduzierung öffentlicher Güter dem Einzelnen angeblich (kurzfristige) Vorteile bringe, wenn die individuellen Nachteile aus schlechter öffentlicher Ausstattung durch höhere Einkommen ausgeglichen werden können. Tatsächlich „können sich nur Reiche einen armen Staat leisten.“

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich für eine große Mehrheit nicht nur die individuellen Chancen verschlechtert, sondern auch die ökonomischen Voraussetzungen für Wachstum. Die Studie „A faire globalization“, die im Auftrag der ILO erstellt wurde, belegt, dass unter den Bedingungen des Neoliberalismus die Wachstumsraten deutlich gesunken sind. Diese Kurzfristökonomie hat auch längerfristig erhebliche negative Wirkungen, denn in den neunziger Jahren wurde wie nie zuvor auch Substanz ausgezehrt.

Im gesamtgesellschaftlichen Interesse haben die öffentlichen Güter einen positiven externen Effekt. Durch einen hohen Verstärkungs- und Rückkopplungseffekt liegt hierin ein wichtiger Schlüssel für eine volkswirtschaftliche Wachstumsstrategie. Dieser Effekt ist eine Grundlage des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts, der in der Geschichte der Moderne durch wachsende Bildungs- und Wissenschaftsleistungen erzielt wurde. Indem das Know-how technischer und sozialer Innovationen öffentlich zugänglich war, stand ihrer kreativen Anwendung auf allen möglichen Feldern nichts im Wege. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dieser Weg zu Ende sei.

Die Sozialdemokratie hat im ökonomischen Fortschritt immer eine wichtige Voraussetzung für die Emanzipation des Menschen gesehen, für die Verwirklichung von Freiheit durch soziale Gerechtigkeit. Gewiss aus der Not am Beginn der Industrialisierung geboren, aber wissend, dass Demokratie und Selbstbestimmung immer der Freiheit bedarf, die es ohne bestimmtes Maß an ökonomischer Produktivität nicht gibt. Insofern war mit dem technischen Fortschritt immer die Hoffnung auf die Vorwärtsentwicklung der Gesellschaft verbunden. Diese Kombination von ökonomischer und gesellschaftlicher Modernisierung gelang in der Vergangenheit, weil der Staat, vor allem auf Druck der sozialen Bewegung, sie durch Reformen im Interesse des Gemeinwohls immer wieder weiterentwickelt hat.

Die Godesberger Forderung nach „größtmöglicher Freiheit und Teilhabe am Wohlstand“ war keine Illusion. Heute ist ein neuer „Produktivitätspakt“ zwischen gesellschaftlichem Arbeitsvermögen und investiertem privatem wie öffentlichem Kapital notwendig. Dazu müssen wir die Frage beantworten, was national und international von Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft für den künftigen Wohlstand getan werden muss.

Öffentliche Güter bieten einen solidarischen Zugang zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, der über den Sozialstaat hinausgeht. Sie müssen einschließlich der sozialen Leistungen allen Bürgern zur Verfügung stehen, gemeinschaftlich bereitgestellt, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie machen die Sicht frei auf gemeinsame Interessen von Erwerbsgesellschaft und Bürgergesellschaft. Dieser weist der Politik Instrumente und Institutionen auf, die sie fördern und ausbauen kann. Öffentliche Güter sind für eine an Gerechtigkeit orientierte Politik nicht der staatliche Restbestand in einer Marktgesellschaft, sondern die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, den dauerhaften Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie für ein Maß gleicher Freiheit und gemeinsamen Wohlstands und zwar in einem die historisch gewachsenen Institutionen des Sozialstaats bewahrenden und zugleich darüber hinausgehenden Sinn.

Politik jenseits der Alternativen Staatsfixierung und Entstaatlichung

Für eine moderne sozialdemokratische Politik bieten *öffentliche Güter* eine geeignete Grundlage für die Leistungen, die einen modernen *Sozialstaat* über staatliches Handeln hinaus für die Bürgerinnen und Bürger ausmachen. Sie bringen

- einerseits Transparenz in den „sozialstaatlichen Leistungskatalog“, indem sie die Vielfalt der Angebote beschreiben, die eine Befriedigung der konkreten, individuellen oder allgemeinen Bedürfnisse, aber auch mehr demokratische Entscheidungsoptionen eröffnen. Sie bieten
- andererseits eine Form, in der mit den Widersprüchen der modernen Gesellschaft vernünftig umgegangen werden kann, nämlich die globale Ökonomie im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft zu gestalten.

Vier grundsätzliche Vermittlungsleistungen öffentlicher Güter müssen hervorgehoben werden:

1. *Vermittlung zwischen Marktangeboten und Marktversagen*

Öffentliche *Güter* treten als öffentliche oder staatliche Leistungen auf dem Markt in Konkurrenz zu (potentiellen) privatwirtschaftlichen Angeboten. Diese Aufgabe ist ordnungspolitisch begründungsbedürftig. Sie begrenzt öffentliche Güter auf diejenigen, von deren Gebrauch niemand ausgeschlossen werden darf. Die Begründung liegt in einem Marktversagen, denn ökonomische Güter werden nach dem Kriterium der Knappheit angeboten. Wenn das Knappheitskriterium entfällt, wenn der Markt zum Beispiel staatlich reguliert und garantiert wird, spricht wiederum nichts gegen eine privatwirtschaftliche Erstellung der Güter. Ein Beispiel dafür ist das gemischtwirtschaftliche Gesundheitssystem.

Öffentliche Güter und Märkte sind also miteinander verflochten. Beim Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Altersversorgung, sogar auf dem Arbeitsmarkt greifen öffentliche Güter und private Anbieter ineinander. Das ist sogar der Regelfall.

Entscheidend ist nicht, ob der Staat diese Güter selbst erbringt oder deren Erbringung reguliert, sondern dass er deren Angebot für alle zugänglich und erschwinglich gewährleistet. Gesundheit, Bildung, Arbeit oder Alterssicherheit sind öffentliche Güter, weil sie private Aktivitäten (Vorsorge, Eigenverantwortung, Initiative und Qualifizierung) und öffentliche Vorgaben verbinden. Die Alterssicherung ist ein Beispiel für die Kombination

von garantierten Rechten (staatliche Grundsicherung), erworbenen Anrechten (gesetzliche Rentenversicherung und betriebliche Zusatzrente) und privaten Versicherungsangeboten. Im Ergebnis kooperieren private und öffentliche Systeme, deren Vorzüge sich ergänzen.

Die öffentlichen Güter wirken meist ergänzend zu den privaten Marktangeboten. Auch darin besteht deren positive externe Wirkung. Das reicht weit über das sozialpolitische Feld hinaus. Öffentliche Güter, die für Aus- und Weiterbildung erbracht werden, stärken den Erwerbs- und den Bürgerstatus. Bei der Grundsatzentscheidung, *welche* Bereiche *warum* dem Markt entzogen werden, geht es um Marktzugänge und Marktbeschränkungen, um die Übernahme oder den Rückzug öffentlicher Verantwortung für eine soziale Praxis, die in den meisten Fällen historisch und kulturell vorgeprägt ist. Beim Umbau des Sozialstaates geht es darum, die rechts-, sozial- und bundesstaatlichen „Güter“ auf einen neues, globales Umfeld von Wettbewerb und Kooperation einzustellen.

2. Vermittlung zwischen Wettbewerb und Kooperation

Die reine Marktlogik reduziert die Rolle der Menschen auf die von Produzenten oder Konsumenten, Anbietern und Nachfragern, also auf Einzelakteure, deren Chancen durch das ökonomische Kalkül bestimmt werden. Das ist fern der sozialen Realitäten und des gesamten menschlichen Leistungsspektrums. Von Hannah Arendt wissen wir, dass die Humanität, Entfaltung und Leistungskraft des Menschen in erster Linie soziale Voraussetzungen braucht - gespeist von Empathie, Anerkennung, Solidarität und Kooperation. Dazu gehören auch die *unbezahlbaren* Leistungen für Familie, Kinder, Erziehung, Pflege und das soziale und kulturelle Kapital der Gesellschaft. Weil Bildung nicht wie eine Ware erworben werden kann, sondern das Ergebnis einer andauernden Anstrengung jedes Individuums ist, ist sie ein Beispiel für einen sozialen Prozess.

Öffentliche Güter, die in diesen Bereichen vor, neben und jenseits der Märkte angeboten werden, sind *Kooperation stiftende* Güter. Sie erzeugen soziale und kulturelle Standards, die wiederum normativ die Sphäre des Wettbewerbs beeinflussen. Sie gehören zur Wirtschaftsdemokratie, zu einem dem Gemeinwohl verpflichteten wirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der die Sphäre des Wettbewerbs durch Kooperation ergänzt und die Entwicklung der Gesellschaft politisch beeinflusst. Öffentliche Güter, die durch Regeln, Normen, Rechte etabliert werden, qualifizieren Märkte und Produktionsbedingungen.

Im Gesundheits- und Bildungswesen, durch Arbeitsrechte und Umweltauflagen greifen sie tief in das *Wie* privater Güterproduktion ein. Konsumenten werden gewissermaßen

zu Koproduzenten, indem ihr Verbraucherbewusstsein die soziale und kulturelle Qualität der Waren und Dienstleistungen mitbestimmt. Andererseits verbessern öffentliche Güter auch die Wettbewerbschancen – volkswirtschaftlich wie betriebswirtschaftlich, von Unternehmen wie von Arbeitnehmern - indem sie jenseits privatwirtschaftlicher Rentabilität Vorleistungen erbringen, Investitionen, die das individuelle und gesellschaftliche Arbeitsvermögen erhalten oder qualifizieren.

3. Vermittlung zwischen globalen und lokalen Märkten

Auch die Lösung sozial-ökonomischer Probleme, die sich unter den Bedingungen offener Märkte zwischen globaler Ökonomie und lokalen sozialen und kulturellen Lebensräumen und Lebensformen zuspitzen, verlangt den Einsatz öffentlicher Güter. Wenn – vermittelt durch die technologische Revolution und radikale Marktöffnung - immer mehr Produzenten global unter Ausnutzung der jeweils kostengünstigsten Standortfaktoren produzieren, bedeutet das, dass die jeweiligen Kostenvorteile (bei Löhnen, Steuern, gesetzlichen Normen, Sozialabgaben oder Arbeitsrechten) gegeneinander konkurrieren, es sei denn Standards wie Rechtssicherheit, Qualifikationsniveau oder Absatzmöglichkeiten überwiegen diese Kostenvorteile.

Mit der globalen Arbitrageökonomie, die jeden Unterschied in Zeit und Raum ökonomisch ausnutzt, stehen viele im nationalen Rahmen politisch oder tarifrechtlich ausgehandelten sozialen oder kulturellen Standards, Normen oder Verteilungsrelationen – also öffentliche oder kollektive Güter - auf dem Prüfstand. Das betrifft nicht mehr nur die sich entwickelnden Länder oder Schwellenländer in Asien, Afrika oder Lateinamerika, sondern verstärkt auch Europa, nicht zuletzt Deutschland und selbst auch die USA. Damit hängen unmittelbar die Unterschiede zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut zusammen. Alle öffentlichen Güter - seien sie nun lokal, national oder global - leiden heute an Unterversorgung.

Globale öffentliche Güter wie Sicherheit, Umweltschutz oder finanzielle Stabilität schaffen ein Bewusstsein für die wechselseitige Abhängigkeit der lokalen, regionalen und globalen Ebene – auf die Bedeutung der Globalisierung und ihre Folgen. Sie sind auf nationaler Ebene allein nicht mehr zu erbringen. Dass Sicherheit im Kern an das staatliche Gewaltmonopol gebunden bleiben muss, ist angesichts der akuten Gefahren durch Privatisierung der Gewalt - von organisierter Kriminalität bis zum internationalen Terrorismus - offensichtlich. Deshalb erweitern wir unsere Vorstellung von Sicherheit. Unterentwicklung, Armut und Korruption, die zur Erosion staatlicher Handlungsfähigkeit und Rechtssi-

cherheit führen, sind Sicherheitsrisiken. Ökologische Sicherheitsrisiken - die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen oder globale Klimaänderungen - stehen damit im Zusammenhang. Ebenso finanzielle Instabilität, das Zusammenbrechen nationaler Währungen unter einer nicht mehr steuerbaren Verschuldung. Die öffentlichen Güter betreffen alle Ebenen, von der globalen, über die regionale und staatliche Ordnung bis zum lokalen, bürgerschaftlichen Engagement.

Die wechselseitige Durchdringung von globaler Ökonomie, Weltgesellschaft und Weltkultur hat erst begonnen. Weil es keine Abschottung von diesem Prozess geben kann, geht es um die soziale, kulturelle und ökonomische Frage, ob es durch die Weiterentwicklung von Normen und Institutionen, also durch die gemeinsame Etablierung öffentlicher Güter auf globaler, regionaler oder auch lokaler Ebene gelingt, neue Standards zu schaffen. Das bedeutet, gleichzeitig lokal über die Reform/Stärkung der nationalen Institutionen, regional über Übereinkünfte (Harmonisierung von sozialen Normen, Abgaben und Steuern z. B. innerhalb der EU) und global über die Welthandelsorganisation (WTO) Lösungen anzustreben.

Die Alternative zu diesen institutionellen Reformen für „globalisierungsfeste“ Lösungen auf allen Ebenen, wäre eine ökonomistische Anpassung auf eine Strategie der geringsten Kosten. Dagegen sind die öffentlichen Güter ein Gestaltungsmittel zur Lösung vieler Probleme. Das betrifft aktuell die Dienstleistungsbereiche im sogenannten GATS-Verfahren der WTO, zu denen auch Bildung und Kultur gehören.

4. *Vermittlung eines neuen Fortschritts*

Die Entwicklung und Durchsetzung öffentlicher Güter brauchen eine Leitidee. Dies ist heute das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbindet. Außerdem gehört untrennbar die Ausweitung von Demokratie und Partizipation auf allen Ebenen dazu. Nachhaltigkeit ist ein Globales Konzept, das dennoch unmittelbar lokal, national, europäisch und global umgesetzt werden kann.

Diese Idee geht auf sozialdemokratische Vorarbeiten zurück, um die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen in einer Weise zu befriedigen, dass die künftigen Generationen dies künftig auch noch tun können. Zwar kommt die Nachhaltigkeit aus der Ökologie, aber richtig verstanden gehört sie ins Zentrum der Gesellschaftspolitik. Sie ist mit ihren grundlegenden Regeln und Prinzipien die Grundlage für ein modernes Verständnis von Fortschritt.

Beispiel Bildung: Öffentliches und privates Gut zugleich

Bildungs- und Gesellschaftspolitik sind eng miteinander verknüpft. In der Qualität dieser Verbindung liegt eine wichtige Grundlage für Gerechtigkeit, Freiheit und Chancen. Bildungspolitik wirkt der sozialen Ungleichverteilung von Entfaltung und Begabungen entgegen, sie verbessert das Arbeitsvermögen, die Kreativität und die Produktivität. Je höher das qualifizierte Arbeitsvermögen („Humankapital“) ist, desto besser für Wirtschaft und Gesellschaft. Wissen und Bildung verbrauchen sich nicht im Arbeitsprozess, sondern produzieren zugleich Nachfrage nach neuen hochwertigen Gütern, die der Einzelne für die Aufrechterhaltung seiner Qualifikation, für Information und Kommunikation innerhalb der Netzwerke der Wissensgesellschaft braucht.

Die Kette von positiven externen Effekten macht Bildung zu einem Schlüsselbereich gesellschaftlicher Zukunftsinvestitionen. Dies wird auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung deutlich: die Notwendigkeit gesteigerter qualifizierter – vor allem weiblicher - Erwerbstätigkeit verbindet sich aktuell mit dem Thema „Ganztagsschule“, wobei es letztlich um das Prinzip der „Ganztägigkeit“, um die Einheit von Arbeits- und Lebensort, gehen wird.

In der Tradition sozialdemokratischer Politik versteht man Bildung sowohl als Gut, das dem Menschen die individuelle Emanzipation ermöglicht, als auch als unverzichtbaren Beitrag für eine freiheitlich, partizipatorische Demokratie. Insofern und auch als Beitrag zum volkswirtschaftlichen Wohlstand ist Bildung ein öffentliches Gut. Als Grundlage für die individuelle Emanzipation und als Resultat individueller Anstrengung trägt sie privaten Charakter.

Für die Bildungspolitik folgt daraus, dass eine Privatisierung von Bildung den politischen, kulturellen wie volkswirtschaftlichen Beitrag einengt und vernachlässigt. Sie kann daher für Sozialdemokraten keine Strategie sein. Auf der anderen Seite wird sich eine sozialdemokratische Bildungspolitik nicht von vornherein Steuerungsinstrumenten widersetzen, die auf die individuelle Verantwortung für die Bildung abzielen, z. B. durch ein Konzept von Studienkonten. Die Tendenz jedoch, dass Bildungs-, insbesondere Hochschulpolitik zunehmend unter dem Aspekt von wirtschaftlicher Effizienz diskutiert und praktiziert wird, dass Forschung und Lehre nur dann als förderungswürdig angesehen werden, wenn sie wirtschaftlich verwertbar sind, ist schädlich und kurzsichtig.

Gegen die Unterordnung der Bildung unter die Ökonomie spricht, dass Gerechtigkeit als gleiche Freiheit, d. h. als gleiche Chance sich zu bilden und zu entfalten, nicht durch einen auf privaten ökonomischen Voraussetzungen beruhenden Bildungszugang verwirklicht wird. Eine auf privaten ökonomischen Erfolg und Karriere ausgerichtete Bildung vernachlässigt die für eine Demokratie erforderlichen sozialen und bürgerschaftlichen Kompetenzen, auch die Urteilsfähigkeit, die allesamt auf das Überschreiten enger disziplinärer Grenzen angewiesen sind und die Zeit brauchen. Unter engen, zumal sehr kurzfristig ausgerichteten ökonomischen Gesetzen haben Innovationen und sozialwissenschaftliche Felder es schwer, sich durchsetzen zu können.

Forschung, Bildung und Wissenserwerb können sich auch unter den weltweiten Interdependenzen und Konkurrenzzwängen in demokratischen Gesellschaften durchsetzen, wenn sie sich nicht an kurzfristigen Wirtschaftlichkeitshorizonten orientieren. Ihr Vorteil liegt in der größeren Vielfalt, die der menschlichen Neugier folgt, wenn sie nicht durch wirtschaftliche Interessen eingengt und kanalisiert ist. Im Übrigen tendiert eine vorrangig an ökonomischer Effizienz ausgerichtete Bildung zur Nivellierung und Normierung und nutzt damit nur unzureichend das Potenzial der zu Bildenden. Die PISA- wie die IGLU-Studie haben gezeigt, dass die Achtung und Anerkennung vor der Individualität der Menschen eine entscheidende Voraussetzung für den Bildungserfolg ist.

Bildung als Voraussetzung für eine nicht nur auf ökonomische Effizienz ausgerichtete Persönlichkeitsentfaltung und Persönlichkeitsgestaltung ist ein wichtiger Beitrag für den Reichtum und die Vielfalt unserer Gesellschaft. Zugleich ist sie ein entscheidendes Mittel, sich gewaltfrei zu verständigen. Sie ermöglicht ein sinnvolles und gutes Leben in Würde.

Für Sozialdemokraten muss Bildung grundsätzlich in öffentlicher Verantwortung erfolgen. Die Mitverantwortung der Menschen für ihre Bildung legt eine Struktur nahe, die den Institutionen eine weitgehende, auf jeden Fall höhere Autonomie lässt.

Öffentliche Güter für eine humane und demokratische Gesellschaft

Demokratische Politik braucht die direkte und indirekte Bereitstellung öffentlicher Güter, entweder als staatliche Aktivitäten oder durch eine Gestaltung der Rahmenbedingungen, die diese Güter sichert oder bereitstellt. Die moderne Sozialdemokratie sollte die zweite Strategie in den Bereichen, wo die Effizienz privater Anbieter überlegen ist, bevorzugen. Dazu gehört auch, durch die Modernisierung des Staates die Ursachen von Ineffizienz zu beheben.

Die Sozialdemokratie stellt die Bewahrung und Bereitstellung öffentlicher Güter in den Mittelpunkt ihrer Programmatik, weil für sie der Reichtum und die Bedeutung kultureller, sozialer, demokratischer Güter eine herausgehobene Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt hat. In allen Bereichen: Die urbane Qualität unserer Städte hängt zum Beispiel davon ab, wie öffentliche Räume gestaltet sind und welche Infrastruktur das städtische Leben prägt. Privatisierung und Kommerzialisierung gemeinschaftlicher Angebote verschlechtern oftmals die urbane Qualität. Öffentliche Museen, Theater, Volkshochschulen und Stadtbibliotheken sind öffentliche Güter. Alle Einwohner einer Stadt wollen, dass ihre Heimat nicht in Abgasen und Staus erstickt. Also haben sie ein Interesse daran, dass ein funktionierendes System öffentlicher Verkehrsmittel existiert. Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, entsprechende gemeinschaftliche Finanzierungen zu leisten, die Bildungs- und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau zu erhalten.

Im internationalen Vergleich kann man zeigen, dass eine Privatisierung öffentlicher Güter in der Regel nicht nur zu einer Verschlechterung der Bürgerkultur geführt hat, sondern sich der Abbau einer umfassenden Gestaltung und Infrastruktur nach kurzer Zeit auch negativ für die privatwirtschaftliche Seite auswirkt. Öffentliche Armut heißt eben nicht nur, daß die staatlichen Institutionen an Auszehrung leiden, sondern dass auch der allgemeine Zugang zu öffentlichen Gütern beschnitten wird.

Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger hängt in einem hohen Maße von der Verfügbarkeit öffentlicher oder kollektiver Güter ab.

Die **urbane Qualität** unserer Städte und Dörfer wird bestimmt vom Zustand der öffentlichen Straßen und Plätze, der öffentlichen Gebäude, der Schulen und Kultureinrichtungen.

Die **Qualität der Umwelt** hängt von der Reinheit von Luft und Wasser, intakten Naturräumen, Artenvielfalt und Ressourcenreichtum ab.

Die **soziale Qualität** unserer Gesellschaft wird bestimmt von einem humanen Umgang mit problematischen Lebenslagen, die ohne Hilfe schwer zu bewältigen sind: Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Pflegebedürftigkeit.

Die **kulturelle Qualität** unserer Gesellschaft hängt von den öffentlichen Bildungsangeboten, kulturelle Einrichtungen und der demokratischen Partizipation ab.

Diese vier Kategorien öffentlicher, kollektiver Güter - soziale, urbane, kulturelle und Umweltgüter - werden am Markt allein nicht oder nur unzureichend bereitgestellt. Es ist daher die zentrale Aufgabe des Staates und der Politik sicherzustellen, dass diese Güter in hinreichendem Umfang existieren und für alle zugänglich sind. Der Abbau des öffentlichen Sektors hat dort seine Grenzen, wo öffentliche Güter bedroht sind, die für die Lebensqualität aller unverzichtbar sind.

Deutschland gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Armutsquote weltweit. Dies zu bewahren ist ein hohes Gut. Deutschland hat im internationalen Vergleich hohe Arbeitnehmerinkommen. Besonders die unteren Lohngruppen sind besser gestellt als in weiten Bereichen selbst der westlichen Welt. Dies hat entscheidend zu einer zivilen gesellschaftlichen Entwicklung, einem friedlichen Zusammenleben der Menschen und zur Stabilität der Demokratie beigetragen.

Die Sozialdemokratie wird diese sozialen Errungenschaften als Standortvorteil verteidigen. Höhere Arbeitnehmerinkommen fördern die Produktivität, die zur Spitzenstellung der deutschen Exportwirtschaft beigetragen hat. Dass Deutschland Exportweltmeister vor den USA und Japan ist, das hohe Ausbildungs- und Befähigungsniveau der Arbeitnehmer in Deutschland zu sichern und durch eine Bildungsoffensive auszubauen.

Der eingeschlagene Weg der sozialen und ökologischen Erneuerung wird konsequent von uns fortgesetzt. Nur wenn der Staat die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass die für die Lebensqualität der heutigen und künftigen Generationen unverzichtbaren sozialen und ökologischen Güter bewahrt werden, gibt es eine gemeinsame Zukunft. Entspre-

chende Rahmenbedingungen müssen den Umbauprozess der ökologischen Modernisierung am Markt erleichtern. Die Finanzierung sozialer Leistungen sollte langfristig vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltverbrauch sowie auf die Besteuerung unproduktiven Kapitals und Vermögens umgeleitet werden.

Die urbane Lebensqualität kann nur gesichert und verbessert werden, wenn die Kommunen handlungsfähig bleiben. In den Kommunen spiegelt sich die Qualität der Zivilgesellschaft wieder, steht die Politik in unmittelbarem Kontakt zur Bürgerschaft, hier sind bürgerschaftliches Engagement, praktizierte Solidarität, kulturelle Partizipation und staatliche Leistungen in einem Netz der Kooperation verknüpft. Hier zeigt der deutsche Föderalismus seine Stärke. Das öffentliche und kollektive Gut der Urbanität ist angesichts der Haushaltskrise der Kommunen gefährdet. Deshalb gehört auch zur Strategie der öffentlichen Güter, dass sich die Sozialdemokratie für eine langfristige Sicherung der kommunalen Gestaltungskraft einsetzt.

Deutschland ist ein Kulturstaat mit einer breiten Palette kultureller Einrichtungen der Kommunen, der Länder und des Bundes. Das ist eine wichtige Grundlage unserer Demokratie. Dieses kulturelle Erbe zu erhalten, den Künsten eine gute Entwicklung frei von staatlicher Einflussnahme zu ermöglichen, die kulturelle Praxis allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu erschließen, das sichert öffentliche Kulturgüter und prägt die humane Qualität unserer Gesellschaft.

Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Vorsitzender: Wolfgang Thierse

Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Meyer,

Mitglieder: Prof. Dr. Detlev Albers
Prof. Dr. Ingomar Hauchler
Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin,
Dr. Edelbert Richter
Prof. Dr. Gesine Schwan
Prof. Dr. Hermann Schwengel
Prof. Dr. Johano Strasser
Elisabeth Vogelheim
Prof. Dr. Rosemarie Will

Korrespondierende

Mitglieder: Dr. Hans-Peter Bartels, MdB
Michael Müller, MdB
Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB
Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

Berater: Dr. Erhard Eppler
Prof. Dr. Iring Fetscher
Dr. Hans-Jochen Vogel

Sekretär: Dr. Hans Misselwitz

Impressum:

Herausgeber: Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Redaktion: Dr. Hans Misselwitz

Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Gesamtherstellung: eurografix service point GmbH Berlin

...